

Avanti ²

Theoriebeilage:
Die Rebellion
der
„Gelbwesten“

ISO Rhein-Neckar

Protestaktion am Uniklinikum Heidelberg, 25. Januar 2018.



Foto: Avanti?

Internationaler Frauentag Von Feiertagsreden zum Frauenstreik?

M. G.

In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung [...] und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Die Realität der meisten Frauen ist eine andere: 21 % weniger Entgelt als Männer, unterbezahlte Arbeit in ungesicherten (Teilzeit-) Jobs und in „Frauenberufen“ wie im Pflegebereich, Mehrfachbelastungen durch Beruf, Haushalt, Kindererziehung und Pflege von Angehörigen, Altersarmut, sexuelle Gewalt. Und zu alledem greifen Rechte aggressiv die erkämpften Erfolge von Frauen an.

Eine „Normalarbeitszeit“ von 30 Stunden in der Woche würde ungeschützte Jobs durch Festverträge ersetzen und sich positiv auf Lebensqualität, Gesundheit, Entgelt, berufliche Qualifizierung und Rente auswirken.

Mit Saalveranstaltungen am 8. März werden die Ziele der Frauen nicht erreicht. Warum nicht auch auf der Straße feiern? Warum nicht Frauenstreiks organisieren und unterstützen? ■

Liebe Leserinnen und Leser,

in der Hochphase der närrischen Zeit schreiben wir diese Zeilen, um die Schwerpunkte unserer März-Ausgabe vorzustellen. Wieder gibt es viel mehr Themen aus dem Narren- und Tollhaus des Kapitalismus als wir verarbeiten können.

Wir befassen uns dieses Mal vor allem mit der Initiative für einen Frauenstreik, der Lage bei Nora und dem Zusammenschluss von Karstadt mit Kaufhof.

Nach wie vor protestieren die „Gelbwesten“ in Frankreich gegen die soziale Misere. Auch hierzulande werden sie nicht nur von den Herrschenden, sondern sogar von vielen Linken mit Misstrauen beäugt. Wir haben deshalb unsere Theorie-Beilage ganz den „Gelbwesten“ gewidmet.

Abgesehen von einigen Neonazis auf der extremen Rechten versuchen auf der Linken aktuell nur die „Buntwesten“ der „Aufstehen“-Bewegung, an die Proteste in Frankreich anzudocken. Die Stuttgarter „Gelbwesten“ gegen Diesel-Fahrverbote sind ein Sonderfall.

Wir meinen, es ist an der Zeit, Solidarität mit den Opfern der massiven Polizeigewalt in Frankreich zu organisieren und besser über die dort geplanten Einschränkungen des Demonstrationsrechts zu informieren.

Wir freuen uns auf Euer Interesse an diesen und den anderen Themen in *Avanti!*!

Eure Redaktion

INHALT

	TITEL
01	FRAUENSTREIK Auch in Deutschland? EDITORIAL/INHALT/INTERNATIONAL
02	KURDISTAN Hände weg von Rojava „GELBWESTEN“
03	VERANSTALTUNG Rebellion der Abgehängten? BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
04	NORA Anhaltende Ungewissheit
05	SEMINAR Betriebsräte - zahnlos oder mit hartem Kern?

05	SÜDZUCKER Protest gegen Schließungen
06	KARSTADT/KAUFHOF Wie den Abbau stoppen?
06	PFLEGENOTSTAND Film „Der marktgerechte Patient“
07	BBC Vermeidbarer Fall eines Konzerns? RÜCKBLLENDE / TERMINE
08	MÄRZKÄMPFE 1919 Die Konterrevolution marschiert
08	TERMINE THEORIEBEILAGE Die Rebellion der „Gelbwesten“

Demo am 30. März 2019

„Schluss mit der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik der Türkei in Syrien! Hände weg von Rojava!“

RED

Unter diesem Motto ruft der Solidaritätskreis Rojava zur Teilnahme an einer Demonstration in Mannheim auf. Die Demo wird von vielen Organisationen aus der Region – darunter auch die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar – unterstützt. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus dem Demo-Aufruf.

„Die Türkei, NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidat, führt seit Anfang 2018 einen völkerrechtswidrigen, blutigen und zerstörerischen Belagerungs- und Besatzungskrieg gegen die kurdische Enklave Afrin in Nordsyrien. Mit Hilfe der Luftwaffe, Bomben-/Raketen- einsätzen und Leopard-Panzern aus deutscher Produktion gelang es nach schwerer Gegenwehr die Region Afrin militärisch zu besetzen. Insofern ist Deutschland an diesem Krieg beteiligt und mitverantwortlich. Die Folgen: Hunderttausende Menschen auf der Flucht – unzählige Tote und Verletzte – Zerstörung der Lebensgrundlagen und der Natur. [...]

Die Bundesregierung als derzeitiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates steht in der Pflicht, dass das internationale Völkerrecht eingehalten wird. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat das Besatzungsregime der Türkei in der Region Afrin im Norden Syriens als illegal bezeichnet und ein angebliches Selbstverteidigungsrecht der Türkei in Abrede gestellt. [...]

Wir fordern:

- **Nein zu einer neuen völkerrechtswidrigen Invasion der Türkei in Syrien!**
- **Hände weg von Rojava!**
- **Unterstützung von Friedensverhandlungen der kurdischen Selbstverwaltung mit der syrischen Regierung!**
- **Keine deutschen Waffenlieferungen an die Türkei!**
- **Respektierung der kurdischen Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten. Sie ist friedlich, demokratisch, ökologisch und basiert auf der Gleichheit von Frauen und Männern so wie der Gleichheit der Religionen und Nationalitäten.**
- **Keine Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerungsgruppe und der demokratischen Menschen türkischer Herkunft weder in der Türkei und noch in Deutschland!**

Demonstration und Kundgebung

Samstag, 30. März 2019

Auftakt: 14.00 Uhr Ehrenhof Schloss Mannheim

Abschluss: Alter Meißplatz“

„GELBWESTEN“ – Rebellion der Abgehängten?

U. D.

Unter diesem Titel fand am 31. Januar 2019 in den Räumen der IG Metall Mannheim eine Veranstaltung des Aktionsbündnisses „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ statt (unterstützt durch IG Metall, Attac, IG BCE Weinheim und Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar). Über 70 Interessierte – leider auffallend wenig Jüngere – kamen und sorgten für ein mehr als „volles Haus“.

Der in Paris arbeitende und lebende Jurist und Journalist Bernard Schmid war als Referent gewonnen worden. Wie von seinen Artikeln gewohnt, stellte er die „Gelbwesten“-Proteste faktenreich und differenziert dar.

Zuerst beschrieb er die Ursachen der Bewegung. Die auch in den deutschen Medien genannte Erhöhung der Treibstoffsteuer sei nur der Auslöser gewesen. Vorangegangen sei die neoliberale Politik des Präsidenten Macron. Diese habe den „kleinen Leuten“ immer mehr finanzielle Lasten aufgebürdet. Somit habe die Treibstoffsteuer lediglich das soziale Pulverfass gezündet, das Macron zuvor selbst gefüllt hatte.

Enttäuschung über das herrschende System

Die „Gelbwesten“ seien vom herrschenden politischen System tief enttäuscht. Darum wollen viele von Ihnen nichts von „Politik“ und politischen Parteien wissen. Sie würden sich selbst als eine Bewegung verstehen, die mit den staatlichen Strukturen und deren politischen VertreterInnen nicht zu tun habe. Aber natürlich wären auch in dieser Bewegung politisch organisierte Menschen und Gruppen aktiv, die versuchen, Einfluss zu nehmen. Insofern fänden sich innerhalb der „Gelbwesten“-Bewegung auch unterschiedliche politische Positionen wieder. Bislang sei es aber den Ultrarechten und Faschisten nicht gelungen, die Mehrheit dieser Bewegung vor ihren rassistischen und fremdenfeindlichen Karren zu spannen.

Sicher hätte es auch Gewalt der „Gelbwesten“ gegeben. Aber die weitaus massivere Gewalt sei von den brutalen Schlägertrupps und Einsatzkräften der Polizei ausgegangen. Es hätte auf Seiten der „Gelbwesten“ bislang etwa 2.000 - teilweise durch Verlust von Hand und Auge sehr schwer – verletzte

Menschen und sogar Tote gegeben. Nicht zuletzt setze die Polizei massiv Hartgummi-geschosse, Tränengasgranaten und andere Waffen ein. Mehrere Tausend Demonstranten seien bisher verhaftet und viele von ihnen bereits verurteilt worden.

Zusammengehen mit anderen Bewegungen

Inzwischen habe es immer wieder ein Zusammengehen verschiedener sozialer Bewegungen mit den „Gelbwesten“ gegeben. So zum Beispiel von Teilen der Gewerkschaften oder der Ökologiebewegung.

Wie es mit den Protesten weitergehe und welche Auswirkungen sie auf die französische Gesellschaft haben werden, könne derzeit nicht vorhergesagt werden. Aber sicher sei, dass die „Gelbwesten“ eine große politische Herausforderung für die herrschende Klasse seien. Die nächsten Wochen und Monate würden zeigen, ob die Rebellion zu einer längerfristig politisch instabilen Lage führen könnte. Dies

würde den Weg frei machen für weitere Massenaktionen der sozialen Bewegungen.

Eine intensive Frage- und Diskussionsrunde, in der Bernard Schmid immer wieder mit großem Detailwissen antwortete, setzte den Schlusspunkt unter einen gelungenen Abend. Mein persönliches Fazit lautet: Der Besuch dieser Veranstaltung hat sich sehr gelohnt.

Die politische Linke in Deutschland darf die „Gelbwesten“-Bewegung nicht den Rechten überlassen. Als vordringliche Aufgabe sollte sie jetzt die Solidarität mit den französischen Protesten und den Opfern der staatlichen Repression organisieren. ■

Tipp

Unter www.freie-radios.net/93387 ist der Vortrag von Bernard Schmid im Netz nachzuhören.



Veranstaltung mit Bernard Schmid zur Rebellion der Gelbwesten im Tagungsraum der Mannheimer IGM, 31. Januar 2019.

Ungewisse Zukunft bei nora systems GmbH (Weinheim)

K. W.

Ende 2018 wurde die nora systems GmbH an die US-amerikanische Interface AG verkauft. Die nora systems GmbH blieb bisher in ihrer Rechtsform bestehen und die Marke nora erhalten, doch heißt es in Weinheim schon jetzt nora by Interface. Alle hoffen nach wie vor das Beste und haben gleichzeitig das Schlimmste im Hinterkopf.

Unter dem Strich herrscht in der Belegschaft eine große Verunsicherung. Natürlich wünscht sich jeder eine Kristallkugel, mit der man einen Blick in die Zukunft werfen kann.

Der neue Eigner Interface formuliert bezogen auf die nora systems GmbH große Wünsche, Hoffnungen und Pläne. Doch der Wunsch der Belegschaft nach Sicherheit wird weitgehend ignoriert.

Dass es bei der Übernahme eines Unternehmens und der damit verbundenen Integration in einen größeren Konzern zu Synergieeffekten kommen soll, ist jedem klar. Damit wird sogar offen umgegangen. Dass etwas passiert, wissen also alle. Die Antwort auf die Frage, was die Zukunft bringt, bleibt Interface der Belegschaft in Weinheim aber immer noch schuldig.

Standortsicherung

Betriebsräte sowie die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) setzen sich gemeinsam für ein Standortsicherungsabkommen ein, um für die Belegschaft wenigstens ein Stück weit Sicherheit zu bekommen.

Schließlich waren Betriebsrat und Belegschaft im Jahr 2007 beim ersten Verkauf der nora systems GmbH mit Tor-Blockadeaktionen aktiv geworden. Dadurch hatten sie eine Vereinbarung zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für drei Jahre und zur Standortsicherung erkämpft.

Interface scheint allerdings von solchen Vereinbarungen nichts zu halten. Es ist zu hören, dass sich der neue Eigentümer mit diesem Thema noch nicht auseinandergesetzt habe und auch keinen Bedarf dafür sehe. Aber die Belegschaft kann mit dieser Aussage nichts anfangen.

Zudem läuft der aktuelle Vertrag der nora systems GmbH als Mieter im Industriepark Weinheim im Jahr 2023 aus. Auch bei diesem Thema ist die Zukunft ungewiss.

Es gibt eine Reihe hochtrabender Versprechungen von Interface. Zum Beispiel, dass:

- die nora systems GmbH am Standort Weinheim als einheitliches Unternehmen zumindest auf dem derzeitigen Standort erhalten bleibe bzw. sogar ausgebaut werde
- die Tarifzuständigkeit der IG BCE erhalten bleibe und die geltenden Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen sowie die einzelvertraglichen Regelungen (Arbeitsverträge usw.) mit den jeweiligen Laufzeiten und Kündigungsmöglichkeiten bestehen blieben
- die bisher entstandenen Firmenzugehörigkeitszeiten nicht geändert würden
- die für die Fortentwicklung der Firma „notwendige Wach-

tumsstrategie“ konsequent weitergeführt würde - und dass die hierfür erforderlichen Investitionen bei „entsprechendem Wirtschaftlichkeitsnachweis“ umgesetzt würden.

Es stellt sich also die zentrale Frage: Wieso ist der Konzern nicht bereit, seine eigenen Versprechungen schriftlich zu garantieren?

Unterschriftenaktion

Die Belegschaft ist diesbezüglich aktiv geworden und hat über eine Unterschriftenaktion ihre Forderungen verdeutlicht.

Sie fordert die Geschäftsführung der nora systems GmbH und die Konzernleitung von Interface auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten gerecht zu werden und in einer Standortvereinbarung mit dem Betriebsrat die folgenden Punkte abzusichern:

- Keine betriebsbedingten Kündigungen für mindestens 5 Jahre
- Übernahme der gültigen Betriebsvereinbarungen
- Weiterführung der Tarifverträge
- Verlängerung des Mietvertrags bis 2035 oder darüber hinaus.

Doch von dieser Aktion ließ sich die Konzernleitung in USA nicht beeindrucken. Es ist aber an der Zeit, dass Interface die Möglichkeit nutzt, um ein klares Zeichen für den vor 81 Jahren gegründeten Weinheimer Hersteller von Bodenbelägen zu setzen. Eine Standortssicherungs-Vereinbarung mit dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen ist unabdingbar! Denn eines ist klar: Der neue Eigner will Profit machen. ■



Protest gegen Arbeitsplatzabbau in Weinheim, 27. April 2017.

„Allein machen sie Dich ein!“ Oder „Gemeinsam sind wir stark!“

Betriebs- und Gewerkschafts-Seminar in Mannheim
Samstag, 09. März 2019, 13:30 - 18:30 Uhr.

„Betriebsräte – zahllos, erschöpft oder mit hartem Kern?“ hatten wir in der letzten Ausgabe von *Avanti*² etwas zugespitzt gefragt.

In der zunehmend rauer werdenden betrieblichen Wirklichkeit muss sich jedes Betriebsrats- und jedes Gewerkschaftsmitglied immer wieder die Frage stellen: Auf welcher Seite stehe ich?

Unbedingt sollte es auch eine andere elementare Überlegung anstellen: Wie halte ich ein jahre- oder gar jahrzehntelanges Engagement durch – ohne mich zu verbiegen und ohne kaputt zu gehen?

Schnelle und schlichte Antworten darauf gibt es nicht, sondern zunächst einmal weitere Fragen.

- Welche Grundlagen benötigen wir für erfolgreiche Betriebsratsarbeit?
- Wie kann mensch vom *Ich* zum *Wir* kommen?
- Wie und mit wem können wir gewerkschaftliche Gegenmacht aufbauen?
- Was bedeutet der Aufbau von *harten Kernen* im Betrieb?
- Wie beginnen wir *politisches Organizing*?

Auf diese und andere Fragen wollen wir gemeinsam nicht nur Antworten suchen, sondern praktische Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit ziehen.

Weitere Infos und Anmeldung bei ISO Rhein-Neckar:

Tel./Fax: 0621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

„Gelbe Westen“ vor der Mannheimer Südzucker-Zentrale

U. D.

Rund 500 Menschen protestierten am Dienstag, dem 26.02.2019, vor der Zentrale des Südzucker-Konzerns in Mannheim. Viele von ihnen trugen gelbe Westen. Grund war der „Sanierungskurs“ des Südzucker-Managements, der am 25.02.2019 vom Aufsichtsrat gebilligt worden war. Dieser Kurs sieht drastische „Sparmaßnahmen“ mit Standortschließungen und Personalabbau vor.

Geschlossen werden sollen die Fabriken in Brottowitz (Brandenburg), Warburg (Nordrhein-Westfalen), zwei Standorte in Frankreich und einer in Polen. In Brottowitz sind rund 90 und in Warburg rund 60 Beschäftigte betroffen. Darüber sehen sich Hunderte von Landwirten in ihrer Existenz bedroht.

Redner des Betriebsrats und der Gewerkschaft NGG warfen dem Management Phantasielosigkeit und Fehler vor. Sie sprachen von einer „falschen Politik der Europäischen Union“. Was jedoch fehlte, war eine grundsätzliche Kritik an der (kapitalistischen) privaten Profitwirtschaft und der Aufruf zu einem wirksamen, internationalen Widerstand gegen die Plattmacher von Südzucker. Damit wurde eine Möglichkeit vertan, ausge-

hend von dieser Protestaktion, den Widerstand der Betroffenen zu verstärken.

Erfreulich war die Unterstützung der Kundgebung durch Delegationen des DGB Region Nordbaden, der IG Metall Mannheim und des Überbetrieblichen

Solidaritätskomitees Rhein-Neckar. Ein Sprecher des Solikomitees forderte vehement mehr Engagement für die Verteidigung des Grundgesetzes (Artikel 1 und 14 GG) gegen Konzerne wie Südzucker, was viel Zustimmung fand. ■



Protest von Südzucker-KollegInnen vor der Konzernzentrale in Mannheim, 25. Februar 2019.

Foto: *Avanti*².

Fusion Kaufhof/Karstadt: Benko zieht blank*

HELMUT BORN

Ende Januar gab der Vorstand des fusionierten Warenhauskonzerns Karstadt/Kaufhof die Pläne für die beiden Unternehmen bekannt. Dabei wurde deutlich, dass es im Kaufhof zu einem erheblichen Arbeitsplatzabbau und ziemlich weitgehenden Änderungen der Arbeitsabläufe kommen soll. Außerdem wurde bekannt gegeben, dass eine OT (Ohne Tarifbindung) Mitgliedschaft im Einzelhandelsverband (HDE) angestrebt wird.

Damit einhergehend soll mit der Gewerkschaft ver.di ein Sanierungstarifvertrag verhandelt werden, der zu einem Abbau der Einkommen und zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen soll. Deutlich wurde, dass im neuen Unternehmen allein die Benko-Gruppe, Signa, das Sagen haben wird. Der mit 49,9 % an dem Unternehmen beteiligte ehemalige Besitzer von Kaufhof, HBC, spielt offensichtlich, zumindest nach außen hin, überhaupt keine Rolle mehr.

Schließung der Kaufhof Hauptverwaltung

Als dickster Brocken wurde die weitgehende Schließung der Kaufhof Hauptverwaltung in Köln angekündigt. Bis auf einen kleinen Rest der Arbeitsplätze, die in ein Lager verlegt werden sollen, wird die Steuerung des Unternehmens aus der Karstadt-Zentrale in Essen geleistet werden. Dies führt zu einem Arbeitsplatzabbau von ca. 1.000 Vollzeitkräften.

In den ca. 100 Kaufhof Filialen soll es zu einem Arbeitsplatzabbau von 1.600 Vollzeitstellen kommen. Davon betroffen werden aber erheblich mehr Beschäftigte sein, da es im Verkauf erheblich mehr Teilzeitbeschäftigte als in der Hauptverwaltung gibt. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten liegt oftmals bei 60 % oder auch darüber. Hier könnten also mehr als 3.000 Beschäftigte von dem Personalabbau betroffen sein.

Änderungen in den Betriebsabläufen

Auch die Maßnahmen zum Umbau der Arbeitsorganisation haben es in sich. So soll es eine weitgehende Trennung der Funktionen geben, was u.a. zu einer Dequalifizierung und zu Abgruppierungen der Beschäftigten führen wird. So sollen zum Beispiel die VerkäuferInnen nur noch jeweils für die Kasse, für das Auffüllen der Ware oder für die Bedienung zuständig sein. Die Arbeit wird also erheblich eintöniger werden. Es wird eine noch weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeit angestrebt sowie ein Abbau der Hierarchien.

Frontaler Angriff auf die Beschäftigten

Die ganzen Maßnahmen zusammen genommen bedeuten einen

frontalen Angriff auf die Rechte und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dies bedeutet auch eine weitgehende Einschränkung der Rechte der Betriebsräte und droht, wenn dies alles ohne nennenswerten Widerstand hingenommen würde, zu einer massiven Schwächung zu führen. Hierbei muss vor allem das Geschäftsmodell von Benko angegriffen werden, das eine Trennung von Immobilien und Einzelhandel vorsieht. Die Ausgliederung der Filialen in Eigenbesitz in eine eigenständige Immobiliengesellschaft führt zu einer Verlagerung der Profite von dem Einzelhandel in die Immobiliengesellschaft. Zu fordern ist, dass die Gewinne bei den Immobilien, die ja durch die Mieteinnahmen der Filialen entstehen, offengelegt und der Gesellschaft gutgeschrieben werden.

Konsequent gegen Personal- und Lohnabbau

Ver.di steht in diesem Kampf vor der Herausforderung, in einem für sie nicht einfachen Unternehmen mit wenig kampferfahrenen oder kämpferischen Belegschaften, eine Auseinandersetzung gegen einen eindeutig positionierten Unternehmer zu führen. Ein Ausweichen vor dieser Herausforderung würde eine weitere Entfremdung der Beschäftigten von ihrer Gewerkschaft in dem Unternehmen bedeuten. Die Diskussionen um einen Kompromiss für einen neuen Sanierungstarifvertrag ist da mehr als schädlich. Allein der Abbau der Arbeitsplätze bedeutet eine Kostensenkung von ca. 130 Millionen Euro, dazu kommt die Vermietung oder der Verkauf der Kaufhof Zentrale in bester Kölner Innenstadtlage. Benko will über den Sanierungstarifvertrag weitere 70 Millionen Euro einsparen. Auch wenn ein solcher Kampf in der heutigen Situation sehr schwierig ist, so ist er aber nicht unmöglich. Angefangen werden muss mit deutlichen Aussagen:

Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Stopp der Tariffucht – Kein Sanierungstarifvertrag – Karstadt zurück in den Tarifvertrag des Einzelhandels!

*[In der Rhein-Neckar-Region gibt es derzeit Kaufhäuser des Konzerns in Heidelberg, Landau, Ludwigshafen, Mannheim, Speyer, Viernheim und Worms. – Die ungekürzte Version dieses Artikels ist in SoZ Nr. 3 von März 2019 veröffentlicht.] ■

„Der marktgerechte Patient“

Dienstag, 12.03.19, 19:30 Uhr: Cinema Quadrat, Collini-Straße 1, 68161 Mannheim

Filmveranstaltung des Cinema Quadrat in Kooperation mit Bündnis Rhein-Neckar für mehr Personal im Gesundheitswesen, DGB Nordbaden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar.

Seit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf sogenannte Fallpauschalen steht für deutsche Kliniken nicht mehr der kranke Mensch, sondern der Erlös aus seiner Behandlung im Vordergrund. Der Film deckt die gefährlichen Auswirkungen dieser Ökonomisierung auf Patienten und Klinikbeschäftigte auf.

Ein „FILM VON UNTEN“ von Leslie Franke und Herdolor Lorenz, 82 Min.



Von BBC zu GE

Kriminalgeschichte(n) in Mannheim-Käfertal

H. S.

Am 19. Februar 2019 fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus die Veranstaltung „Aufstieg und Fall des Elektrokonzerns BBC – Geschichte und Zukunft des Standorts in Mannheim“ statt. Eingeladen hatten der Verein Rhein-Neckar-Industriekultur e.V. in Kooperation mit der IG Metall Mannheim (IGM) und dem Überbetrieblichen Solidaritätskomitee Rhein-Neckar. Über 100 TeilnehmerInnen, vorwiegend ehemals im Werk Beschäftigte, waren gekommen, um sich über die mehr als 100-jährige Geschichte des Werks und den lange währenden Kampf um dessen Erhalt zu informieren.

Thomas Hahl (2. Bevollmächtigter der IGM und selbst ehemaliger ABBler) berichtete über den Einsatz der IG Metall für eine Zukunftsperspektive in Käfertal. Die IGM stehe seit längerem in intensiven Austausch mit der Mannheimer Stadtverwaltung und Stadtspitze. Kollege Hahl forderte, dass die noch vorhandenen rund 700 Arbeitsplätze bei GE erhalten werden müssten. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit GE müssten Mitbestimmungsrechte erweitert werden. Außerdem sollten ihm zufolge auf dem großen Gelände durch gezielte Ansiedlungen neue Industrie-arbeitsplätze geschaffen werden. Falls dies nicht geschehe, solle die Stadt Mannheim von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.

Aufgrund der geschichtlichen Bedeutung der noch erhaltenen Industriegebäude aus den Anfangsjahren, müsse deren Erhaltung möglichst weitgehend gesichert werden. Dies gelte auch für den weitgehend im Ursprungszustand erhaltenen Torbau (Tor 1), der vor allem unter Denkmalschutz gestellt werden müsse. Auf dem Werksgelände solle eine Erinnerungsstätte eingerichtet werden, die nicht zuletzt den jahrzehntelangen Kampf um den Erhalt des Standorts thematisieren könnte. Hahl forderte namens der IG Metall rasche Entscheidungen von den verantwortlichen Stellen über diese Anliegen ein.

Beeindruckender historischer Überblick

Barbara Ritter vom Verein Industriekultur Rhein-Neckar gab einen fundierten und beeindruckenden historischen Überblick über die Anfänge und die weitere Entwicklung von BBC in Mannheim. Vor 120 Jahren setzte sich die Stadt Mannheim gegenüber der Schweizer Firma Brown, Boveri & Cie mit ihrer Forderung durch: Den Auftrag für ein „Elektrizitätswerk“ in Mannheim gibt es nur mit

dem Bau eines „Fabriketablissemments“ vor Ort.

1900 wird BBC in Mannheim-Käfertal gegründet. BBC verkörperte bis in die 1980er Jahre eine Erfolgsgeschichte mit global anerkannten Entwicklungen und Produkten vor allem in den Bereichen der Stromerzeugung und der Schienenverkehrstechnik. Gigantische Dampf- und Gasturbinen, Generatoren, Transformatoren und sogar Lokomotiven wurden für den Weltmarkt gebaut. Auch die beiden Weltkriege konnten diese Entwicklung nicht ausbremsen. Im Gegenteil: Während der Kriegszeit wurde die Produktion auf kriegswichtige Güter (z.B. Turbinen für Kriegsschiffe) umgestellt und gleichzeitig die Beschäftigung (insbesondere von Frauen) wesentlich gesteigert. Auch Zwangsarbeiter wurden in der Nazizeit ausgebeutet.

Jahrzehntelanger außergewöhnlicher Widerstand

Wolfgang Alles, ehemaliger Betriebsrat bei ABB und ALSTOM sowie Sprecher des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees, berichtete über die massiven und brutalen Restrukturierungen ab Ende der 1980er Jahre. Damals wurde die „Diktatur der Zahlen“ zum einzig geltenden Maßstab. Infolge dessen jagte ein Personalabbau den nächsten. Zudem stellten die verschiedenen Konzernleitungen ungehemmt Menschenrechte zur Disposition.

Vor allem der Betriebsrat und die in der IG Metall organisierten KollegInnen standen vor der Alternative, entweder für den Erhalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze zu kämpfen oder das drohende Ende hinzunehmen. Sie entschieden sich für den Widerstand, der hartnäckig und phantasievoll über Jahrzehnte geleistet wurde. Zwar konnte dadurch die Werksschließung immer wieder aufgehalten werden. Aber letztlich konnte nicht verhindert werden, dass die Existenzgrundlagen durch strategische Fehlentscheidungen der Konzernleitungen und eine gnadenlose Gewinnabführung zerstört wurden. Schmerzhaft machte sich hier nicht nur das Fehlen wirk-samer Vetorechte für Betriebsrat und Gewerkschaft, sondern auch einer konsequenten Verteidigung von Grundrechten bemerkbar.

Der dubiose Verkauf von ALSTOM Power an den amerikanischen Konkurrenten General Electric (GE) im Jahr 2015 bedeutete das skandalöse Ende einer einmaligen Industrieära in Mannheim und weit darüberhinaus.

Zweifelloos hat die sehr gelungene Veranstaltung zu einem wesentlich besseren Verständnis einerseits der Entwicklung von BBC und andererseits der scharfen Konflikte um den Erhalt der Arbeitsplätze bei BBC, ABB, ALSTOM und GE beigetragen. Dies wurde nicht zuletzt auch in den Diskussionsbeiträgen der bis zum Schluss auf-merksamen TeilnehmerInnen deutlich. ■



Vollbesetzter Saal bei der BBC-Veranstaltung im Mannheimer Gewerkschaftshaus, 19. Februar 2019.

März 1919

Krieg gegen die Revolution

E. B.

Schon während der Anfänge der Novemberrevolution hatte sich rasch ein effizientes Bündnis ihrer Feinde herausgebildet: MSPD-Spitze um Ebert, Großkapital, Militär ...

Die Linke hatte jedoch die im November 1918 massenhaft vertretenen und danach vom ersten Reichsrätekongress unterstützten Ziele – Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Räte- und Volksbewaffnung – nicht vergessen.

Am 3. März 1919 beschließt die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte den Generalstreik. Forderungen sind vor allem Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, Entmachtung der Reichswehr, Freilassung aller politischen Gefangenen, Auflösung der „Freikorps“ und Aburteilung der Hauptschuldigen am Krieg.

Bereits am Nachmittag kommt es in der Hauptstadt zu gewalttätigen, wahrscheinlich von Lockspitzeln provozierten Zusammenstößen mit der Polizei. Unmittelbar danach verhängt Reichswehrminister Noske (MSPD) den Belagerungszustand über Berlin. Nicht zufällig wird der folgende Krieg gegen Arbeiterviertel und Linke auch heute noch meist totgeschwiegen.

Die Regierung setzt die neue Verfassung teilweise außer Kraft, verbietet die KPD-Zeitung *Rote Fahne*, verfolgt Linke und Mitglieder der Volksmarinedivision.

31.000 Soldaten bekämpfen mit Panzern, Artillerie, Flammen- und Minenwerfern, schweren MG und Fliegerbomben meist unbewaffnete ZivilistInnen. Das *Berliner Tageblatt* berichtet: „Zum ersten Mal in der Geschichte der Revolution werden alle Mittel der

Feldschlacht angewandt.“

Unter diesem brutalen Druck nimmt die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 8. März den Antrag der USPD auf Beendigung des Generalstreiks an. Noske lässt aber erst am 16. März den Schießbefehl aufheben. Seinen Angaben zufolge sind dadurch 1.200 Menschen (davon 75 auf Seiten der Regierungstruppen) ums Leben gekommen. Andere Quellen sprechen von 2.000 Opfern (darunter der KPD-Führer Leo Jogiches).

Sebastian Haffner schreibt zu den Märzkämpfen: „In Wirklichkeit ging es überall nur um eins: um die Existenz der Arbeiter- und Soldatenräte und damit um die Legitimität der Revolution.“ ■



Freikorps Soldaten in Berlin, März 1919 (Ansichtskarte).

Abbildung: Privatarchiv.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 07.03.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 08.03.2019, 17:30 Uhr, Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 09.03.2019, 13:30 Uhr, Seminar „Allein machen sie Dich ein!“
- MO, 11.03.2019, 19:30 Uhr, Veranstaltung „Gescheiterte Globalisierung“, Uni MA (HS SO 108)
- DI, 12.03.2019, 19:30 Uhr, Filmveranstaltung „Der marktgerechte Patient“, Cinema Quadrat MA
- MI, 20.03.2019, 18:00 Uhr, Ausstellungseröffnung „Vergessene Geschichte“, Abendakademie, U1, 16-19, MA
- DO, 21.03.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 21.03.2019, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Afrikanische Perspektiven“, Sanctclara B 5, 9, MA
- FR, 22.03.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SA, 30.03.2019, 14:00 Uhr, Demo „Hände weg von Rojava!“, Schloss MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

